

ZBB 2004, 315

DDR-KomVerf § 45; BGB §§ 179, 667, 677, 681 Satz 2, § 839

Amtspflichtverletzung eines Bürgermeisters nach ungültigem Erschließungsvertrag bei späterer Verweigerung der Aufsichtsgenehmigung

BGH, Urt. v. 04.12.2003 – III ZR 30/02 (OLG Rostock), WM 2004, 182 = EWiR 2004, 701 (Toussaint)

Leitsätze:

- 1. Eine Gemeinde haftet nach den Vorschriften über die Geschäftsführung ohne Auftrag, wenn sie ein Rechtsgeschäft – hier: Schuldbeitritt und treuhänderische Verwahrung eines Schecks – abschließt, das mangels der erforderlichen kommunalaufsichtlichen Genehmigung (schwebend) unwirksam ist.**
- 2. Für ein solches Rechtsgeschäft kommt im Fall, dass die Kommunalaufsicht die Genehmigung verweigert, eine persönliche Haftung des für die Gemeinde handelnden Bürgermeisters zwar nicht unter dem Gesichtspunkt der Vertretung ohne**

ZBB 2004, 316

Vertretungsmacht, wohl aber unter dem der Amtspflichtverletzung in Betracht.